



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20751/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/163

17. Juli 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Brotpreis - die erste Niederlage der Regierung	S.1
Norwegens Regierungschef vor den internationalen Jugendlagern	S.3
Odd Nansen -Persönlichkeit und Programm	S.4
Bezeichnende Antwort -Glosse	S.5
Langsames Tempo in Kehl	S.6
"Gesinnungsweichensteller"	S.7

Brotpreis - die erste Niederlage der Regierung

sp. Die Regierungspolitik ^{hat} in der letzten Bundestags-Sitzung seit ihrem Bestehen die erste Niederlage erlebt. Ein Antrag der Opposition, die bisherigen Subventionen zum Preisausgleich für Brotgetreide und Düngemittel weiter zu zahlen, wurde mit den Stimmen der SPD, Zentrum, WAV sowie eines grösseren Teiles der CDU/CSU und eines kleineren Teiles der FDP bei einigen Enthaltungen mit grosser Mehrheit angenommen. Mit diesem Beschluss hat die Subventionspolitik und damit die Finanz- und Marktpolitik der Regierung einen lebensgefährlichen Stoss erhalten. Auch wesentliche Teile der Regierungsparteien haben die Fehler eingesehen und erkannt, dass der breiten Masse der Lohnempfänger in Westdeutschland eine Preiserhöhung der wichtigsten Verbrauchsgüter nicht zugemutet werden kann. Denn wer ehrlich ist, wird es sich eingestehen müssen, dass es ja nicht beim Brotpreis geblieben wäre, der Margarinepreis wäre gefolgt, dann der Zucker und andere Verbrauchsgüter.

Was müsste die naturnotwendige Folge sein? Dass die Lohnempfänger mit ihrem ohnehin schon sehr knappen Lohn nicht mehr auskommen. "Wenn" - so sagte ein Gewerkschafter - "die Entscheidung nicht hier im Plenum fällt, dann fällt sie zwei Tage später in wesentlich schärferer Form". Seine Sprache war klar: Wenn der Bundestag nicht die Subventio-

nierung des Brotgetreides und damit die Sicherung des Brotpreises beschliesst, dann kommen die Gewerkschaften mit Tarifikündigungen und Lohnforderungen.

Die Regierungsparteien haben die Sprache verstanden und haben gegen die bisherige Politik für die Fortsetzung der Subventionen gestimmt. Die Bundesregierung wird nicht zurücktreten, wenn auch die Stellung des Finanzministers Schäffer stark erschüttert erscheint. Aber alle Welt fragt nun, was geschieht weiter? Was wird vor allem mit dem Brotpreis? Er ist bereits gestiegen, der Bundestag hat die Fortführung der Subvention beschlossen, aber wer wird sie bezahlen? Die Länderregierungen wollen und können nicht einspringen und der Bundesfinanzminister wird seine leeren Kassen vorzeigen. Zwar wird man zunächst versuchen, mit der Margarine-Ausgleichsabgabe die Subventionen wenigstens zum Teil zu decken. Aber schon meldeten sich in den Ausschüssen die Sachverständigen zu Wort, die als notwendige Folge der Margarine-Ausgleichsabgabe eine Erhöhung des Margarine-Preises voraussagen. Dann träte der groteske Fall ein, dass die Subventionen für Brotgetreide, die bisher vom ganzen Volke getragen wurden, nur noch zu Lasten der Armen gingen, die Margarine essen müssen, weil sie für Butter das Geld nicht haben. Dieser Weg dürfte also kaum gangbar sein, Zwar hat die Regierung die Möglichkeit, nach Artikel 113 des Grundgesetzes den Beschluss des Bundestages abzulehnen, weil er die Ausgaben des Haushaltes erhöht. Aber ob sie angesichts der Stimmung in der breiten Masse der Bevölkerung den Mut zu einem solchen Schritt aufbringen wird?

Die Finanz- und Steuerpolitik des Finanzministers Schäffer ist ^{erneut} in Gefahr. Denn es wird letzten Endes, wenn der Bundestag auf seinem Beschluss besteht, keine andere Möglichkeit geben, als die Steuerreform zurückzunehmen. Die Regierung ist vor ihre bisher schwerste Belastungsprobe gestellt. Man darf gespannt sein, wie sie - mit dem Kanzler in Urlaub - aus diesem Dilemma herausfinden wird.

Einar Gerhardsens Friedensappell.

Von unserem skandinavischen K.V.-Korrespondenten

Zur Zeit haben sich junge Sozialdemokraten aus aller Welt in einem Lager bei Stockholm zusammengefunden. Auch junge deutsche Sozialdemokraten sind in grosser Anzahl erschienen, um sich mit ihren Freunden und Gesinnungsgenossen zu treffen. Norwegens heutiger Regierungschef, Einar Gerhardsen, der in seiner Jugend führend in der sozialdemokratischen Jugend seines Landes tätig war, hat es sich nicht nehmen lassen, einige Tage im Stockholmer Jugendlager zu verbringen. Er hat auf dieser Tagung einen Appell an die Jugend gerichtet, der wert ist, von allen gehört zu werden.

In seiner ruhigen und sachlichen Art knüpfte Einar Gerhardsen an die berüchtigte Stockholmer Atombomben-Resolution der Kommunisten an, die seit dem März dieses Jahres zum Kernstück der kommunistischen Propaganda in der ganzen Welt geworden ist. Er machte den Vorschlag, einen neuen Stockholm-Appell auszuarbeiten, der das Hauptgewicht nicht auf die Atombombe als eines der verschiedenen Mittel des Krieges legen, sondern sich in erster Linie gegen den Krieg richten soll.

Gerhardsen bat darum, bei diesem Appell, der an alle zu richten sei, vier Forderungen an die Sowjetunion zu richten:

1. dass sie daran mitwirke, den Krieg auf Korea zu beenden,
2. dass sie die Arbeit in der UNO wieder aufnehme,
3. dass sie ihre Zustimmung zu einer effektiven Kontrolle der Atomenergie gehe und
4. dazu beitrage, dass endlich Friedensverträge mit Deutschland, Österreich und Japan geschlossen werden könnten.

Um das Gewicht Russlands zu unterstreichen, wiederholte Einar Gerhardsen in seinem Appell vor den Jugendlichen von 40 Ländern, das, was er schon wenige Tage vorher ausgeführt hatte:

"Es gibt heute ein Land und einen Mann in der Welt, der den Krieg in Korea beenden kann. Das Land ist die Sowjetunion, der Mann ist Stalin. Ein Wort von ihm genügt, um zur selben Stunde die Kriegshandlungen in Korea zum Stillstand zu bringen. Keiner kann daran zweifeln".

Der Vorschlag des norwegischen Regierungschefs hat einen tiefen Eindruck nicht nur auf die jugendlichen Zuhörer hinterlassen. Von der

kommunistischen Presse abgesehen, hat die gesamte skandinavische Presse aller Parteien sich einmütig hinter den Vorschlag von Einar Gerhardsen gestellt. Der Friedensbetrug der Kommunisten hat an Ort und Stelle eine würdige und ernste Abfuhr erlitten. Er ist ergänzt worden durch einen positiven Vorschlag, auf den sich alle wirklichen Friedenskräfte in der Welt einigen können.

- - -

Odd Nansen

Gross, braun und gesund - man würde ihn für einen Ski-Läufer halten können, wenn nicht der gedankenvolle Ernst auf seinem Gesicht ihn als etwas anderes auswies. Seine gerade nordländische Art, seine bernhardinerhafte Affektlosigkeit machen glaubhaft, dass dieser, die Welt bereisende tätige Menschenfreund nicht in Parteien und Nationen denkt, dass es ihm ernst ist mit seiner sozialen Ethik, die aus allen seinen Worten hervorleuchtet. Die Ansicht ist sehr verbreitet, dass dieser Mann der zukünftige Flüchtlingskommissar bei der UNO sein wird.

Odd Nansen, der Norweger, der Sohn des berühmten Fritjof Nansen, arbeitete seit 1931 im Völkerbund, setzte sich im Krieg mutig für skandinavische Gefangene in deutschen Kz ein, bereiste seit 1946 die Welt im Auftrage der Kinderhilfe der UNESCO und veröffentlichte ein bemerkenswertes Kriegstagebuch "Tag für Tag". Seine Ausführungen auf der Salzburger Konferenz des Weltkirchenrates und der UNESCO-Tagung in Florenz zeigten, dass er seine Arbeit nach diesem Kriege ganz den Flüchtlingen widmen will. Sein Vortrag vor führenden deutschen Flüchtlingspolitikern in Hamburg am 13. Juli bewies zudem, dass er dies mit einem klaren Blick für die Wirklichkeit tut. Seine Worte umschlossen auch eine Anklage gegen die unentschlossene und träge Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Der niedersächsische Flüchtlingsminister Albertz bescheinigte ihm: "Es ist ein Trost für uns alle, dass hier ein Ausländer einmal die wahren Tatsachen sieht und ausspricht". Und der Bundesminister für Vertriebene, Dr. Lukaschek, musste ihm danken für seine "harten und deutlichen Worte", er erklärte sich bereit, ohne Rücksicht auf das Prestige der Bundesregierung seine Anregungen zur Lösung des Problems aufzunehmen.

Nansen hat sich im letzten Jahr an Ort und Stelle ein eigenes Bild von der deutschen Flüchtlingswirklichkeit gemacht. Die Folgerungen daraus hat er in seinem Schlußbericht, den er dem Exekutiv-Ausschuss

der UNESCO vorgelegt hat, gezogen: Die Vereinten Nationen sollen auf den grossen Anteil an internationaler Verantwortung für das Flüchtlingsproblem aufmerksam gemacht werden und einen Generalplan zu einer Lösung ausarbeiten. Eine internationale Kommission soll feststellen, wieviel Vertriebene in Deutschland bei der grösstmöglichen Anstrengung eingegliedert werden können und wieviele aus wirtschaftlichen Gründen auswandern müssen. Die UNESCO soll die Initiative ergreifen zur Schaffung einer Instanz, in der alle Arbeiten in diesem Sinne koordiniert werden. Alle verfügbaren Mittel, deutsche, ECA- und Counterpart-Gelder, sollen im Einvernehmen mit der Bundesregierung durch diese Instanz gelenkt werden.

Die endgültige Entscheidung über diese, Nansensvorschläge wird Anfang August im Deutschland-Komitee in Paris fallen. Nansens Worte, es werde ihm nicht möglich sein, ausländisches Kapital für diesen Zweck mobil zu machen, wenn nicht die deutschen Anstrengungen intensiviert würden, zeigen den Weg, wie wir seine Bemühungen für uns unterstützen können. Die Ernsthaftigkeit unserer eigenen Anstrengungen wird der Massstab für die ausländische Hilfe sein. Dr. Lukaschek musste Odd Nansen erklären: "Ich stehe nicht an zu sagen, dass von deutscher Seite in dieser Frage noch viel mehr getan werden kann". - Hoffentlich bleibt Odd Nansen das Schicksal deutscher Flüchtlingsminister erspart, ein Amt ohne Mittel zu haben. higs

- - -

Bezeichnende Antwort

sp. "Helfen Sie mir, den Kaffee- und Zigarettschmuggel zu bekämpfen und die Einkünfte aus einer Beseitigung des gegenwärtigen Schmuggels, die auf rund 800 Mill. DM geschätzt werden, sollen dem Ausbau der Kriegsoferversorgung dienen".

Diesem Bescheid hat der Bundesfinanzminister kürzlich Beauftragten des Reichsbundes für Kriegs- und Zivilgeschädigte, Sozialrentner und deren Hinterbliebenen gegeben, als diese ihm erklärten, dass mit den im bisherigen Haushaltsplan bereitgestellten 2,6 Mrd. DM keine zufriedenstellende Lösung der Kriegsoferversorgung zu erreichen sei.

Finanzminister sind nirgends beliebt. Warum aber der Bundesfinanzminister Schäffer ganz besonders unbeliebt ist, zeigt diese Antwort. Ihr Inhalt ist doch einfach der: Die Bundesbehörden werden mit den Schmugglern nicht fertig. Darunter müssen auch die Kriegsoffer leiden. Soll das anders werden, müssen die Kriegsoffer selbst, diejenigen also, die einen Arm oder ein Bein verloren haben, oder sonstwie schwer behindert sind, müssen die Altersschwachen und diejenigen, die ohne hin kaum wissen, wie sie das Leben fristen sollen, selbst das Ihre dazu beitragen, dass der Schmuggel ein Ende nimmt.

Was hat sich der Minister eigentlich bei dieser an Zynismus grenzenden Geschacklosigkeit gedacht? Vielleicht wird er sagen, das sei ein lapsus linguae gewesen. Aber es ist bisweilen ungemein bezeichnend, bei welcher Gelegenheit und in welcher Art jemandem die Zunge

Langsames Tempo in Kehl

H.H. Wichtige südwestdeutsche Grenzlandfragen sind in den letzten Tagen nach langen Verhandlungen durch neue Vereinbarungen vorläufig geregelt worden. Man tut gut daran, das Provisorische dieser Abmachungen zu betonen; die Verhandlungsergebnisse zeigen nämlich, dass den wirtschaftlichen Forderungen, die in Südwestdeutschland, der Schweiz und Ostfrankreich immer wieder erhoben werden, noch immer nicht in gebührendem Maß Rechnung getragen wird.

Zu der Frage des Kehler Rheinhafens, der bekanntlich seit 1945 besetzt ist und mit dem ganzen Stadtgebiet einen von der deutschen Bevölkerung geräumten Brückenkopf bildete, durch den zugleich das Monopol des Strassburger Hafens gesichert wurde, wird jetzt bekanntgegeben, dass der Vertragsentwurf für eine gemeinsame deutsch-französische Hafenverwaltung demnächst den zuständigen deutschen und alliierten Stellen zugehen soll. Die erstrabte deutsch-französische Zusammenarbeit in Kehl ist durch den in langen Verhandlungen erarbeiteten Vertragsentwurf gesichert. Es kann allerdings nicht übersehen werden, dass das Tempo bei der Räumung dieser Stadt, die bis 1953 abgeschlossen sein soll, noch vieles zu wünschen übrig lässt und dadurch auch die Neubelebung des Hafens gehemmt wird. Bis jetzt konnte nur eine Minderheit der Einwohner von Kehl zurückkehren.

Ähnlich wie bei dieser Frage bleibt auch die neue Regelung über den Grenzverkehr zwischen Deutschland und der Schweiz hinter den allgemeinen Erwartungen zurück. Man spürt den retardierenden Einfluss einiger Mitglieder der gemischten Grenzkommission, die die neuen Bestimmungen jüngst festgesetzt hat. Immerhin sind einige Fortschritte erzielt worden, die auch in anderen Grenzgebieten Beachtung finden werden. Alle Bewohner der beiderseitigen 10-Kilometer-Grenze können nun ohne nähere Begründung Grenzkarten erhalten, die einen Aufenthalt bis zu drei Tagen ermöglichen. Für den Fernreiseverkehr sind zusätzlich verschiedene deutsche Bahn-, Strassen- und Schiffszollämter geöffnet worden. Auf dem Bodensee und der Rheinstrecke zwischen Basel und Konstanz wird die Sport- und Vergnügungsschiffahrt freigegeben. Unerfüllt bleiben aber noch viele Wünsche, die jüngst auf Tagungen österreichischer, schweizer und deutscher Vereinigungen geäußert wurden und die Notwendigkeit einer durchgreifenden Erneuerung des Handelsverkehrs an der deutschen Südgrenze unterstreichen. Als neues Hindernis im Grenzverkehr wirkt die jüngst herausgegebene Anordnung der Bank der deutschen Länder, nach der künftig von jedem Grenzpassanten nur noch fünf DM über die Grenze genommen werden dürfen, etwa die Hälfte des bisher erlaubten Betrages.

Die allgemeine Entwicklung muss auch hier zu der Revision führen, die für die Gesundung der europäischen Wirtschaft unerlässlich ist.

- - -

" Gesinnungs-Weichensteller "

(sp.) Keine Redensart ist bei den Eisenbahnern der Sowjetzone geläufiger als die von der "armen Eisenbahn", aber sie wird in zweierlei Absicht gebraucht. Für die wenigen alten Eisenbahner und das Gros der Eisenbahngestellten-Beamte gibt es keine mehr - ist diese Redensart Ausdruck der Erbitterung und des Bedauerns über den Substanzverlust der sowjetzonalen Eisenbahn durch die sowjetische Besatzungspolitik. Die kommunistische Eisenbahnleitung benutzt aber dieses Argument von der "armen Eisenbahn", um in den Betriebsversammlungen durch ihre "Parteiinstruktoren" die Eisenbahner zu erhöhten Leistungen anzuhalten. Wenn der Eisenbahnverkehr heute noch nicht völlig zusammengebrochen ist, dann verdanken das die sowjetzonalen Machthaber dem Fleiss und der Arbeitsbereitschaft der ostzonalen Eisenbahner, die durch Improvisationen immer wieder einen Ausweg aus den "Engpässen" finden.

Seit Monaten wird die Inkraftsetzung des neuen Tarifvertrages für die Eisenbahn unter Hinweis auf die "Armut der Eisenbahn" aufgeschoben. Die Rechnung der Eisenbahnleitung ist klar: im Zeichen des Henneckeaktivismus soll die gesteigerte Arbeit mit weniger Arbeitskräften und weniger Lohn geleistet werden. Mit dem Hinweis auf notwendige Sparmassnahmen werden laufend Entlassungen und Kürzungen bei den Planstellen vorgenommen und die brotlos werdenden Eisenbahner zum Uranbergbau verpflichtet.

Ist die Ostzoneneisenbahn wirklich so arm? Der Finanzplan der Eisenbahndirektion Dresden schloss am 21.12.1949 mit Einnahmen von 192 Millionen DM Ost und Ausgaben in Höhe von 94 Millionen DM. In der Sowjetzone gibt es insgesamt 8 Eisenbahndirektionen mit ungefähr den gleichen Finanzplänen. Die "arme Ostzoneneisenbahn" warf 1949 also immerhin mindestens 720 Millionen DM Ost ab. Diese Beträge fliessen in die unersättlichen Kassen der Besatzungsmacht. Ihre "Bedürfnisse" sind deshalb die einzige Ursache für die "Armut" der Ostzoneneisenbahnverwaltung.

Enorme Summen werden weiter durch eine kostspielige politische Kontrollorganisation verschlungen. Jedem Eisenbahndirektionspräsidenten wurde vor einigen Monaten ein sogenannter Kulturdirektor beigegeben, der in direktem Kontakt mit den Landesvorständen der SED steht. Diese Posten wurden ausschliesslich mit kommunistischen Funktionären besetzt. Ihre Aufgabe ist die in den Eisenbahndienststellen obligatorische politische Schulung und die damit verbundene Überwachung. Ein Kulturdirektor steht im Range eines RE-Vizepräsidenten und bezieht ein Gehalt von 1250 DM Ost, die besonderen Prämien nicht eingeschlossen. Seine Instrukteure müssen sich mit einer Einstufung als EB-Oberräte und einem Monatsgehalt von ca. 870 DM Ost begnügen. Daneben hat jedes Reichsbahnamt einen sogenannten Kultur- und einen Organisationsleiter zugeteilt erhalten, die mit 750 und 600 DM auch nicht gerade unterbezahlt werden. Die unteren Eisenbahndienststellen sind mit entsprechenden "Planstellen" besetzt. Im Eisenbahnerjargon werden diese Obleute als "Gesinnungsweichensteller" bezeichnet.

Der Überwachungsdiens kostet allein am Sitz der Eisenbahndirektion Dresden monatlich rund 90 000 DM Ost. Für alle Direktionen der sowjetischen Besatzungszone sind das 8 250 000 DM Ost allein an Personalausgaben. Die kommunistischen Nutzniesser dieser Einrichtung haben u.a. die Pflicht, den sowjetzonalen Eisenbahnern das Märchen von der Armut der Eisenbahn glaubhaft zu machen.